

Rechter Sektor kämpft in der Westukraine

Tote in Transkarpatien

Von Klaus Joachim Herrmann

Angehörige des extremistischen »Rechten Sektors« haben am Wochenende im äußersten Westen der Ukraine ukrainische Polizeikräfte mit Schützenwaffen und Granatwerfern angegriffen. Innenminister Arsen Awakow sprach von »Banditen«. Nach widersprüchlichen Angaben fanden in Mukatschewo drei Menschen den Tod und rund ein Dutzend wurden verletzt. Zwei Polizeiwagen wurden zerstört. Der Ort des Konfliktes liegt 30 Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt in Transkarpatien, das zudem an die Slowakei und Rumänien grenzt.

In einer Reihe ukrainischer Städte marschierten am Sonntag Mitglieder und Anhänger des »Rechten Sektors« sowie weiterer



Der Rechte Sektor vor der Präsidentschaftsverwaltung Foto: AFP/Genya Savilov

»national-patriotischer« Organisationen auf. Sie forderten den Rücktritt von Innenminister Awakow und die Bestrafung der Täter. Beschuldigt wurden von ihnen die Polizei und »Banditen«. In Kiew, Lwiw, Dnjepropetrowsk, Saporoschje und anderen Städten soll der Protest bis zur Erfüllung der Forderungen andauern. Die bewaffnete Gruppierung sei umzingelt worden und solle sich ergeben, hatte Awakow gefordert. Das wurde Aufgabe einer Sondereinheit der Nationalgarde. Ein Dorf, in dessen Nähe sich die Kämpfer verschanzten, wurde Sonntagmorgen evakuiert.

Ein Sprecher des Innenministeriums beantwortete die Frage, ob es sich um Auseinandersetzungen mit Anhängern des Abgeordneten Michail Lano handele, ausweichend. Das sei Gegenstand der Ermittlungen. Das Scharmützel wurde beim Sportkomplex »Antares« ausgetragen, der Lano gehört. Dieser wird vom »Rechten Sektor« des Schmuggels und die Miliz der Korruption beschuldigt.

Mustafa Najem Fraktionsvize der Präsidentenpartei »Blok Poroschenko« wurde mit dem Hinweis zitiert, das es laut örtlichen Einwohnern um Schmuggel von Zigaretten gehe. »Daran sind alle Teilnehmer des heutigen Konfliktes beteiligt«, sagte er. Die Zigaretten seien äußerst billig und gelangten von der Ukraine aus nach Deutschland und Italien.

Michail Lano war sich in einem TV-Interview für »112 Ukraina« keiner Schuld bewusst. Er mochte seinerseits aber nicht ausschließen, dass der Abgeordnete Viktor Balogi, der als Finanzier des transkarpatischen »Rechten Sektors« gilt, in die Ereignisse verwickelt sei. Lano wurde 2014 in die Werchowna Rada gewählt und ist Mitglied des Parlamentskomitees zum Kampf gegen Korruption.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte am Freitag gewarnt, dass viele Schusswaffen aus dem Kriegsgebiet Donbass illegal ins Hinterland gelangen. Es gebe dort einen heftigen Anstieg schwerer und besonders schwerer Verbrechen. *Kommentar Seite 4*

Die Stadt Smila und der IWF

»Wirtschaftsreformen« lassen in der Ukraine die Menschen verarmen

Ein dramatischer Rückgang des Lebensstandards ist die Folge der Politik des IWF in der Ukraine. In der Provinzstadt Smila verarmen die Einwohner unter den Wirtschaftsreformen.

Von Jens Malling, Smila

Faserige Wohnblöcke, Minibusse und Menschen, die auf Bänken etwas Ruhe finden. Auf dem zentralen Platz aufgestellte Fotos sind mit Bändern in den nationalen Farben Gelb und Blau eingewickelt. Die Porträts stellen junge Bewohner der Stadt dar, die ihr Leben in den Kämpfen um den Donbass verloren haben.

Smila ist eine typische Provinzstadt im ukrainischen Kernland. Sie befindet sich nicht weit entfernt vom Dnepr. Der drittgrößte Fluss Europas fließt von Nord nach Süd durch das vom Krieg heimgesuchte Land. Außer mit dem Tod der jungen Männer zählt Smila auch noch einen anderen Preis für die Großmachtkonfrontation zwischen Russland und dem Westen, für den Stellvertreterkrieg in der Ukraine, der die Folge davon ist. Unter der Bezeichnung »Wirtschaftsreformen« lässt die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF), die von den USA und der EU unterstützt wird, die Bewohner des Landes verarmen.

»Eine Wirtschaftskrise hat die Ukraine mit voller Kraft getroffen und die Bevölkerung leidet schwer darunter. Der durchschnittliche Lohn beträgt nur 165 Euro im Monat und eine galoppierende Inflation dezimiert die Kaufkraft der einfachen Menschen«, sagt Josh Cohen. Er beschäftigt sich mit der Krise in der Ukraine für eine Reihe von internationalen Abnehmern wie die Agentur Reuters, die Zeitschrift »Foreign Policy« und die Tageszeitung »Moscow Times«.

»Dass die Inflation gestiegen ist, hängt mit dem IWF-Programm so zusammen: Der Währungsfonds verlangt, dass die ukrainische Regierung für die Verbraucher dramatische Steigerungen der Preise für Gas und Strom einführt. Aber wenn ähnliche Steigerungen der Gehälter nicht folgen, haben die Einwohner weniger Geld in den Taschen. Darüber hinaus wurden die Renten im Rahmen des IWF-Programmes eingefroren. Wenn die Inflation gleichzeitig wächst führt das zu niedrigeren Reallöhnen«, erläutert Cohen.

Der IWF stellt seine Forderungen an die ukrainische Regierung als Bedingung für die Bereitstellung von Milliardenkrediten. Die aber verschwinden zumeist aus dem Land. Sie decken die Verluste ausländischer Investoren, die auf ukrainische Staatsanleihen spekuliert haben. »Kein Geld von dem Internationalen Währungsfonds soll verwendet werden, um Schulden der Ukraine bei ausländischen Gläubigern zurückzuzahlen«, sagt er.

Natalja Ostrowskaja ist eine Einwohnerin von Smila, die die Auswirkungen der Politik des IWF in der Ukraine am eigenen Leib erfährt. Die 61-jährige Frau sitzt mit einer Freundin vor dem Plattenbau, in dem sie wohnt. Frau Ostrowskaja leidet an schwerer Epilepsie und erhält Invalidenrente vom Staat. Sie beträgt umgerechnet rund 39 Euro pro Monat. »Das ist natürlich sehr wenig. Man kann es kaum Geld nennen«, sagt sie. Mehr als die Hälfte dieses Betrages muss sie schon für ihre Einzimmerwohnung bezahlen.

Für die Invalidenrentnerin wird es immer schwieriger, sich Waren des täglichen Bedarfs zu leisten. Dazu gehören jene lebenswichtigen Medikamente, die sie gegen die Epilepsie nehmen muss. »Medizin, Lebensmittel, Gas, Strom – alles ist teurer geworden«, sagt sie. »Ich habe keine Datscha, wo ich mein eigenes Gemüse anbauen könnte, ich habe nichts. Wie ich überlebe? Meine Nachbarn helfen mir. Sie sind gute Menschen.«

An einem Kiosk in der Leninstraße sammeln sich mehrere Einwohner. Unter anderem kann man hier kalte Getränke kaufen. Über dem Regal mit Süßigkeiten ist ein neues Werbeschild für Produkte des Schokoladenimperiums »Roshen« angebracht. Das Unternehmen gehört zu dem



Die Stadt begrüßt mit einem Mosaik aus Sowjetzeiten.

Fotos: Jens Malling

Konglomerat des Oligarchen und Präsidenten Petro Poroschenko. Seine riesigen Geschäfte scheinen seit dem Amtsantritt im Mai 2014 noch mehr Wind in den Segeln zu haben.

Überall in der Ukraine sprießen neue »Roshen«-Konzeptläden mit schön gestalteten Logos. Poroschenko versprach, seine Firmen zu verkaufen, bevor er gewählt wurde.

»Ich habe nichts. Wie ich überlebe? Meine Nachbarn helfen mir. Sie sind gute Menschen.«

Natalja Ostrowskaja
Invalidenrentnerin

Denn gemäß Artikel 103 der ukrainischen Verfassung ist es illegal, Geschäfte zu betreiben und gleichzeitig Präsident zu sein. Dieses Versprechen hat er jedoch nicht gehalten. Dafür aber hat sich Poroschenko mehr als bereit erklärt, die so genannten Wirtschaftsreformen, die die EU und die USA vermittels des IWF fordern, durchzuführen. Das Programm trifft

durchschnittliche Ukrainer hart, aber es erleichtert zugleich das Leben und Tun eines Geschäftsmannes. Einem IWF-Pressebericht ist zu entnehmen, dass es ein »zentrales Element des Programms« sei, das »Geschäftsklima zu stärken«.

Am anderen Ende der Hauptstraße vertreibt sich in einem kleinen Park der 28-jährige Dmytro Moskowschenko die Zeit. Der junge Mann musste sein Studium als Manager abbrechen. Er arbeitete als Lagerarbeiter und Verkäufer, ist aber jetzt arbeitslos. Umgerechnet 20 Euro pro Monat beträgt die Unterstützung, die Dmytro vom Staat erhält. Der Betrag reicht nicht weit. »Für das Geld kann ich nicht einmal meine monatlichen Fixkosten begleichen. Meine Eltern helfen mir,« sagt er.

Laut Dmytro Moskowschenko hat sich der Gaspreis mindesten verdreifacht, seit der IWF im April 2014 das erste Hilfsprogramm für die Ukraine bereitstellte. Das Gas wird zum Kochen und Heizen verwendet. Niemand kann darauf in den strengen ukrainischen Wintern verzichten, es ist lebensnotwendig. Wegen der IWF-Auflagen ist es in der Ukraine nicht mehr ungewöhnlich, dass das ganze Monatsgehalt einer Familie für die

Bezahlung der Gasrechnung ausgegeben werden muss.

»Gas und Strom braucht jeder. Es besteht ein Monopol, also können die Politiker die Preise erhöhen, wie sie wollen«, sagt Dmytro. Wie viele andere Bürger der kleinen Stadt Smila macht er sich keine Illusionen über die stramm prowestlich ausgerichtete Regierung in Kiew. »Ich bin weder Optimist noch Pessimist, sondern eher ein Realist. Die Menschen hier leben ihr Leben und versuchen, so gut wie möglich durchzukommen«, sagt er.

Finanzministerin Natalja Jaresko versucht seit Monaten, Druck auf die Gläubiger der Ukraine auszuüben – ausländische Investmentgesellschaften, die ukrainische Anleihen im Wert von Milliarden von Dollar besitzen. Jaresko will, dass die Gläubiger, vor allem die amerikanische Franklin Templeton Investments, ihren Griff um die Ukraine, die eines der ärmsten Länder Europas ist, lösen. Die Spekulanten sollen laut Jaresko einen Teil des Schmerzes der ukrainischen Bevölkerung mildern, indem sie schlechtere Bedingungen für ihre Anleihen akzeptieren. »Internationale Gläubiger könnten der Ukraine deutlich helfen, wenn sie einer Kombination aus niedrigeren Zinsen und längeren Zahlungsfristen zustimmen würden«, unterstützt Cohen ihr Vorhaben.

Bisher lehnt es die von Franklin Templeton geleitete Investorengruppe jedoch ab, eine konstruktive Rolle bei der Gestaltung der Zukunft der Ukraine zu spielen. Wenn die Gläubiger nicht zu einem Einlenken bei ihren Bedingungen sind, sieht die Zukunft des Landes düster aus. Josh Cohen unterstreicht, dass die IWF-Politik unangemessen sei. Sie diene mehr den Interessen der Spekulanten, als denen der ukrainischen Bevölkerung: »Die Regierung in Kiew kürzt bei den Sozialleistungen schmerzhaft in einer Größenordnung von 26 Milliarden Euro. So wie es der IWF wünscht. Derzeit sind zehn Prozent der Ukrainer arbeitslos. Wenn aber die Erfahrungen der Wirtschaftskrise in Griechenland als Maßstab dienen, könnten sich die Arbeitslosigkeit ebenso wie die Armut leicht verdoppeln.«

Cohen zufolge spielt der Global Portfolia Manager Michael Hasenstab von Franklin Templeton eine zentrale Rolle für die Zukunft der Ukraine. Er leitet eine Gruppe von Spekulanten*, die gemeinsam acht Milliarden Euro der ukrainischen Staatsanleihen besitzen. Mit den amerikanischen Investmentgesellschaften T. Rowe Price und T. Rowe Group sowie der brasilianischen BTG Pactual versucht er alles zu tun, um Verluste zu vermeiden.

Währenddessen geht in Smila das Leben irgendwie weiter.

* Anteilseigner wollten keine Fragen für diesen Artikel beantworten.



Der Schuhmacher in der Leninstraße

NACHRICHTEN

UN-Friedensplan zu Libyen von politischen Parteien paraphiert

Rabat. Politische Parteien aus Libyen und Angehörige der Zivilgesellschaft haben einem UN-Friedensplan zur Beendigung der bewaffneten Konflikte in dem nordafrikanischen Land zugestimmt. »Dies ist ein Schritt, es ist ein wirklich wichtiger Schritt auf dem Weg zum Frieden«, sagte der UN-Gesandte Bernardino León am Samstag im marokkanischen Skhirat. Allerdings nahm das international nicht anerkannte Parlament in der Hauptstadt Tripolis nicht an den Friedensgesprächen teil. Der UN-Friedensplan wurde von Vertretern des international anerkannten Parlaments im östlichen Tobruk sowie von Vertretern politischer Parteien, städtischer Verwaltungen und Gruppen der Zivilgesellschaft bei einer Zeremonie in Skhirat paraphiert. León sagte, die Tür bleibe für weitere Gruppen offen. Strittige Fragen könnten nach Ende des Fastenmonats Ramadan am Freitag besprochen werden. *AFP/nd*

IS-Anführer in Afghanistan getötet

Kabul. Die USA haben einen weiteren Schlag gegen den Islamischen Staat (IS) geführt: Der Anführer der Terrormiliz in Afghanistan, Hafis Said, soll bei einem US-Luftangriff in der östlichen Unruhe-Provinz Nangarhar ums Leben gekommen sein. Dies berichtete die afghanische Zeitung »Tolo News« unter Berufung auf den afghanischen Nachrichtendienst am Wochenende. Es ist der dritte Großangriff binnen einer Woche gegen das Terrornetzwerk, das seine Basis in Syrien und Irak hat. In den vergangenen Monaten war es dem IS gelungen, den aufständischen Taliban zahlreiche wichtige Führer abzuwerben und sich in mehreren Teilen Afghanistans als neue radikal-islamische Macht zu etablieren. In der Provinz Nangarhar, das an der Grenze zu Pakistan liegt, gelang es den Aufständischen, zahlreiche Distrikte unter ihre Kontrolle zu bringen. IS, der sich in Afghanistan »Daesh« nennt, verfolgt noch radikalere Ziele als die Taliban. Die meisten IS-Kämpfer sind von den Taliban zu der extremistischen Miliz übergelaufen. *epd/nd*

Luftangriffe in Jemen trotz Waffenruhe

Sanaa. Die von den Vereinten Nationen ausgerufene humanitäre Waffenruhe in Jemen ist von den Konfliktparteien nicht eingehalten worden. Die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition erklärte am Samstag, sie fühle sich durch die Kampfpause nicht gebunden, und flog am Wochenende zahlreiche Luftangriffe auf Stellungen der Huthi-Rebellen in Aden, Saada, Taes und der Provinz Lahdsch. Schon wenige Stunden nach Inkrafttreten der Waffenruhe in der Nacht zum Samstag bombardierten Kampfflugzeuge der Militärkoalition Stellungen der Huthi-Rebellen in Taes im Zentrum des Landes, wie Augenzeugen berichteten. Später griffen sie die Aufständischen auch in der südlichen Hafenstadt Aden und der Provinz Lahdsch an. Die Feuerpause sollte eigentlich bis zum Ende des Ramadan am kommenden Freitag gehen. *AFP/nd*

Burundi verschiebt erneut Präsidentenwahl

Bujumbura. Die umstrittene Präsidentenwahl im ostafrikanischen Krisenland Burundi wird um eine Woche auf den 21. Juli verschoben. Das teilte die Regierung am Samstag mit. Die Opposition will die Wahl jedoch boykottieren. In der momentanen Krise sei es nicht möglich, freie und faire Wahlen abzuhalten, sagte der Sprecher des Oppositionsbündnisses, Francois Bizimana. »Es geht nicht um den Termin.« Die Abstimmung war im Juni bereits um zwei Wochen verschoben worden. *dpa/nd*